



Info Dienst Nr. 12 / 01.07.2011

Liebe Leserin,
lieber Leser,

die Sitzungswoche begann mit einer neuen Runde im Steuerstreit zwischen CDU/CSU und FDP. Die jetzt wieder los getretene Steuersenkungsdebatte ist haushaltspolitisch verantwortungslos. Es scheint nur darum zu gehen, die weiterhin schwächelnde FDP zu stabilisieren. Angela Merkel erntet dafür nicht nur Kritik von der Opposition, sondern auch von Seiten der Ministerpräsidenten der CDU. Aktuelle Herausforderungen wie die Schuldenkrise im Euro-Raum, die Bundeswehrreform oder die Pro Kopf Verschuldung in Deutschland von 24.000 Euro scheinen keine Rolle zu spielen. Die Haushaltslage der Länder und Kommunen bleibt angespannt. Nichts ist so unseriös, wie in dieser Lage schuldenfinanzierte Steuersenkungen anzukündigen. Die SPD-Bundestagfraktion hat das in dieser Woche in einer aktuellen Stunde zum Thema gemacht.

Im Zentrum der parlamentarischen Debatten standen der Atomausstieg und die Energiewende. Die SPD-Bundestagsfraktion begrüßt, dass Schwarz-Gelb auf den Kurs des rot-grünen Ausstiegs umschwenkt und hat dem neuen Atomgesetz zugestimmt. Viele damit einhergehenden Gesetzesvorlagen sieht die SPD-Fraktion allerdings kritisch. So zum Beispiel die Änderung des Erneuerbare-Energien-Gesetz. Es ist in dieser Woche deutlich geworden, dass die Koalition keinen Kompass und keine Kompetenz für die industriellen und sozialen Dimensionen der Energiepolitik hat. Aus diesem Grund hat die SPD-Bundestagfraktion ihre Positionen in einem eigenen Entschließungsantrag in die Debatte eingebracht.

Die Themen dieser Sitzungswoche in Berlin habe ich in diesem Info-Dienst zusammengefasst.

Mit freundlichen Grüßen

Oliver Kaczmarek

Die Themen:

1. Atomausstieg und Energiewende
2. Barrierefreie Mobilität und barrierefreies Wohnen für Menschen mit Behinderung
3. Präventive Medizin im Gesundheitssystem verankern
4. Änderung des Parteiengesetzes und des Abgeordnetengesetzes
5. Mittelkürzungen von Integrationsprogrammen für Jugendliche verhindern
6. Werkstattgespräch zu Alphabetisierung und Grundbildung in Deutschland
7. Veranstaltungshinweis: Roter Rucksack - Wanderungen 2011

1. Atomausstieg und Energiewende

In dieser Woche hat der Deutsche Bundestag über den Atomausstieg und die Gesetze zur Energiewende entschieden. Die Positionen der SPD-Bundestagsfraktion bündelt der Entschließungsantrag „Energiewende zukunftsfähig gestalten“.

Die SPD-Bundestagsfraktion begrüßt ausdrücklich die Entscheidung der Bundesregierung, aus der **Atomenergie** auszusteigen und sich im Wesentlichen am rot-grünen Ausstieg von 2000 zu orientieren. Der Ausstieg der rot-grünen Bundesregierung war rechtssicher, verfassungsfest, frei von Entschädigungsleistungen und wurde nicht beklagt. Dies muss auch für den jetzigen Ausstieg gelten. Außerdem muss der Ausstieg von einem Monitoring-Prozess begleitet werden, so dass er gegebenenfalls schneller vollzogen werden kann. Um für maximale Sicherheit in den weiter laufenden Kraftwerken zu sorgen, muss das aktualisierte kerntechnische Regelwerk unverzüglich in Kraft treten. Die Bundesregierung hat die Absicht erklärt, das noch in diesem Jahr zu tun. Außerdem fordert die SPD-Bundestagsfraktion eine rasche gesetzliche Regelung der ergebnisoffenen Endlagersuche.

Zu einer guten Energiewende gehört nicht nur, den falschen Pfad der Atomenergie zu verlassen, sondern auch, den richtigen Weg der erneuerbaren Energien einzuschlagen. Die **Erneuerbare-Energien-Gesetz-Novelle (EEG-Novelle)** der Bundesregierung wird dem nicht gerecht. Die Förderung erneuerbarer Energien wird schlechter und teurer, da die enthaltenen Mechanismen den Marktbedürfnissen nicht entsprechen. Insbesondere wird das Grünstromprivileg außer Kraft gesetzt. Beim Grünstromprivileg erhalten Erzeuger von erneuerbaren Energien durch Umlagezahlungen einen Anreiz zur Wirtschaftlichkeit. Wir fordern von der Regierung, dieses Prinzip beizubehalten. Die EEG-Novelle der Bundesregierung weist weitere erhebliche Mängel auf, die beseitigt werden müssen. Insgesamt geht der Regierungsvorschlag nicht weit genug. Die Zielsetzung muss 45 Prozent statt 35 Prozent aus erneuerbaren Energien bis 2020 lauten.

Darüber hinaus ergreift die Bundesregierung in der Novelle des **Energiewirtschaftsgesetzes** unzureichende Maßnahmen, um den stromintensiven Industrien auch in den nächsten Jahren eine sichere und bezahlbare Energieversorgung zu ermöglichen. Diese Branchen sind Grundlage für den Erhalt der gesamten Wertschöpfungskette in Deutschland. Sie sind Garant für viele Arbeitsplätze. Sie müssen international wettbewerbsfähig sein. Wir brauchen deshalb Lösungsmöglichkeiten wie eine angemessene Vergütung der durch stromintensive Industrien bereitgestellten und von den Netzbetreibern genutzten zu- und abschaltbaren Lasten und ein bezahlbares Angebot für Betriebe, die auf Grundlaststrom angewiesen sind.

Beim Thema **Netzausbau** scheitert die Bundesregierung an ihrem Ziel eines beschleunigten Ausbaus. Die SPD-Bundestagsfraktion fordert, dass in Abstimmung mit den Ländern eine frühzeitige und transparente Bürgerbeteiligung stattfindet. Die Diskussion um Stuttgart 21 zeigt: Transparenz und Beteiligung bei konkreten Leitungsbauprojekten steigert die Akzeptanz bei den Bürgern, verhindert Widerstand und führt deshalb letztlich zu besseren und schnelleren Ergebnissen. Nur bei Einbeziehung der Länder können grenzüberschreitende Projekte effektiv koordiniert werden.

Weiterhin will die Regierung Veränderungen am **Energie- und Klimafonds** vornehmen. Die Förderung von Elektromobilität, energetischer Gebäudesanierung und die Förderung energieintensiver Unternehmen soll durch den Fonds bedient werden. Der Fonds wird dabei zur Alibimaßnahme der Regierung und wird durch seine Unterfinanzierung und

falsche Ausgestaltung keines seiner Ziele erreichen. Die SPD-Bundestagsfraktion fordert, die genannten Förderungen in angemessener Höhe zu finanzieren.

Bei der **energetischen Sanierung** von Wohngebäuden fordern die SPD-Abgeordneten eine Verstärkung der Förderung in Höhe von mindestens 2 Mrd. Euro, um eine Steigerung der Sanierungsquote zu erreichen. Es darf außerdem keine übermäßige Kostenbelastung der Mieter geben.

Übersicht über das Abstimmungsverhalten der SPD-Bundestagsfraktion:

Gesetz zur Änderung des Atomgesetzes	Zustimmung
Gesetz zur Neureglung des Rechtsrahmens für die Förderung der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien	Ablehnung
Gesetz zur Neureglung energiewirtschaftlicher Vorschriften	Enthaltung
Gesetz über Maßnahmen zur Beschleunigung des Netzausbaus	Ablehnung
Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Errichtung eines Sondervermögens „Energie- und Klimafonds“	Ablehnung
Gesetz zur steuerlichen Förderung von energetischen Sanierungsmaßnahmen an Wohngebäuden	Ablehnung

Den Entschließungsantrag der SPD-Bundestagsfraktion finden Sie unter:

<http://dip.bundestag.de/btd/17/062/1706292.pdf>

2. Barrierefreie Mobilität und barrierefreies Wohnen für Menschen mit Behinderungen

Barrierefreie Mobilität und barrierefreies Wohnen sind wichtige Beiträge zur Gleichbehandlung körperlich behinderter Menschen. Obwohl sich die Situation für Behinderte in Deutschland in den letzten Jahren verbessert hat, wird ihnen die vollständige Teilhabe am gesellschaftlichen Leben immer noch erschwert. Beispielsweise ist knapp ein Drittel aller Bahnhöfe in Deutschland nicht barrierefrei gestaltet. Flugreisen gestalten sich für Behinderte außerordentlich schwierig. Manche Billig-Airlines versuchen immer wieder, die Beförderung von Behinderten generell abzulehnen. Nur ein Prozent deutscher Wohnungen ist barrierefrei gestaltet. Diese Umstände sind diskriminierend. Im Sinne der UN-Behindertenkonventionen muss Teilhabe und Selbstbestimmung auch in den Bereichen Mobilität und Wohnen garantiert werden.

Die SPD-Bundestagsfraktion fordert in einem Antrag, dass diese Bereiche im Aktionsplan der Bundesregierung zur Umsetzung der UN-Behindertenkonventionen angemessen berücksichtigt werden. Beispielsweise müssen für Eisenbahnverkehr und öffentlichen Personennahverkehr verbindliche Fristen für die Beseitigung bestehender Barrieren gesetzt werden. Das Luftfahrtbundesamt muss die Einhaltung der Behindertenrechte im Flugverkehr besser überwachen. Längere Ampelschaltungen wären besonders für ältere Menschen und Familien mit Kindern eine erhebliche Erleichterung des Alltags. Bei Bau und Umbau von Wohnungen sollen die Baunormen zur Barrierefreiheit unverändert in allen Ländern gelten. Ziel muss es sein, eine diskriminierungsfreie Lebenswelt zu schaffen, die die Gleichbehandlung Behinderter garantiert.

Als Mitglied des Bildungs- und Forschungsausschusses des Deutschen Bundestages bin ich unter anderem zuständig für das Thema Inklusion von Menschen mit Behinderungen im Bildungsbereich. Über den gemeinsamen Alltag von Kindern mit und ohne Behinderung konnte ich mir bei meinem Praxistag im Montessori-Kinderhaus in Unna einen Tag lang ein Bild machen. Meinen Bericht zu diesem Tag finden Sie unter:

<http://www.oliver-kaczmarek.de/2011/06/1-praxistag-inklusion-kinder-machen-keinen-unterschied/>

Den Antrag der SPD-Bundestagsfraktion finden Sie unter:

<http://dip.bundestag.de/btd/17/062/1706295.pdf>

3. Präventive Medizin im Gesundheitssystem verankern

Das Gesundheitssystem steht in Anbetracht einer stetig alternden Gesellschaft und steigender Zahlen chronischer und psychischer Erkrankungen vor neuen Herausforderungen. Das System muss einerseits langfristig finanziell stabilisiert werden und andererseits die Qualität der Gesundheitsversorgung garantieren. Diese Ziele können nur durch einen grundlegenden Ausbau präventiver Maßnahmen erreicht werden. Gesundheit zu erhalten anstatt Krankheit zu behandeln, ist nicht nur kostengünstiger, sondern erhöht auch die Lebensqualität der Menschen. Prävention muss deshalb im Zentrum einer modernen Gesundheitspolitik stehen. In der Großen Koalition hat die Union den damaligen Präventionsgesetzentwurf scheitern lassen. Die Umsetzung der im schwarz-gelben Koalitionsvertrag definierten Ziele ist bislang nicht erkennbar.

Die SPD-Bundestagsfraktion fordert deshalb die Regierung auf, eine umfassende Präventionsstrategie zu formulieren. Prävention muss eine entscheidende Rolle im Gesundheitswesen einnehmen. Es müssen klare Präventionsziele definiert und deren Erreichung kontrolliert werden. Dafür soll eine Stiftung für Prävention und Gesundheitsförderung errichtet werden, der ein Nationales Institut für Prävention untergeordnet ist. Diese sollen Projekte koordinieren, betreuen und als Ansprechpartner zur Verfügung stehen. In einem Präventionsgesetzentwurf muss die Institutionen- und Länder übergreifende Zusammenarbeit verbessert werden. Erfolgreiche Projekte zur gesundheitlichen Aufklärung müssen intensiviert werden. Außerdem soll für Krankenkassen ein Mindestausgabenrichtwert von 10 € pro Patienten für Präventionsmaßnahmen festgelegt werden.

Den Antrag der SPD-Bundestagsfraktion finden Sie unter:

<http://dip.bundestag.de/btd/17/053/1705384.pdf>

Die SPD im Kreis Unna lädt Sie außerdem zu einer **gesundheitpolitischen Veranstaltung am 12. Juli** ein. Nähere Informationen finden Sie unter:

<http://www.spd-kreis-unna.de/html/15246/welcome/Termine.html>

4. Änderung des Parteiengesetzes und des Abgeordnetengesetzes

In einem gemeinsamen Gesetzentwurf von CDU/CSU, SPD, FDP und Grüne wird die moderate und schrittweise Anhebung der Abgeordnetenentschädigungen von derzeit 7.668 Euro bis zum 1. Januar 2014 schrittweise auf 8.255 Euro angestrebt. Außerdem soll die Obergrenze der Parteienfinanzierung in zwei Schritten in 2011 und 2012 auf dann 150,8 Millionen Euro steigen. Die Anpassung der Parteienfinanzierung war notwendig geworden, nachdem es seit nunmehr neun Jahren keine Anpassung an veränderte Preise und Gehälter gegeben hatte. Die Anpassung der Diäten richtet sich nach der im Abgeordnetengesetz festgelegten Bezugsgröße. Demnach soll ein Abgeordneter, der im Durchschnitt für einen Wahlkreis von 150.000 bis 250.000 Bürgerinnen und Bürger zuständig ist, etwa so viel verdienen wie ein Bürgermeister einer mittleren Kommune mit 50.000 bis 100.000 Einwohnern (B6) oder auch ein einfacher Richter an einem obersten Bundesgericht (R6). Diese verdienen im Jahr 2010 eben jene 8.255 Euro.

Um zukünftig für eine objektiv nachvollziehbare Berechnung der Diäten zu sorgen und um endlich eine neue Regelung für die Altersversorgung der Abgeordneten zu erarbeiten, wird außerdem eine unabhängige Kommission beim Deutschen Bundestag eingesetzt, die noch in dieser Wahlperiode Ergebnisse vorlegen soll.

Den überfraktionellen Gesetzentwurf finden Sie unter:

<http://dip.bundestag.de/btd/17/062/1706291.pdf>

Weitere Informationen zum Thema Abgeordnetenentschädigungen finden Sie auf meiner Homepage unter: <http://www.oliver-kaczmarek.de/berlin/diaten-und-entschadigungen/>

5. Mittelkürzungen von Integrationsprogrammen für Jugendliche verhindern

Mit der Initiative „JUGEND STÄRKEN“ werden umfassende Unterstützungsangebote der Jugendhilfe zur sozialen und beruflichen Integration benachteiligter junger Menschen gefördert. Die Umsetzung erfolgt über die Projekte „Schulverweigerung – Die 2. Chance“ und in den sogenannten „Kompetenzagenturen“. Das Programm „Schulverweigerung – Die 2. Chance“ leistet einen wichtigen Beitrag zur Senkung der Schulabbrecherquote, die derzeit bei 7 Prozent liegt. Es zielt darauf ab, Schulverweigerer in den Regelschulbetrieb zu reintegrieren. Die „Kompetenzagenturen“ versuchen, Jugendliche nach der Schulzeit zu begleiten, um ihnen beim Einstieg in Ausbildung und Beruf zur Seite zu stehen. Bis September 2011 betragen die Fördermittel jahresdurchschnittlich rund 47 Mio. €. Danach will die Regierung die Mittel jährlich auf rund 21 Mio. € senken – eine Kürzung von 55 Prozent. Es ist zu befürchten, dass durch die Unterfinanzierung rund die Hälfte der Programmstandorte geschlossen werden müssen. Die Zielsetzung, benachteiligte junge Menschen zu stärken und ihre Teilhabe zu verbessern, statt sie verloren zu geben, wird auf diese Weise konterkariert.

Der Antrag der SPD-Bundestagsfraktion fordert die Bundesregierung auf, die geplanten Kürzungen zurück zu nehmen, sodass die bisherigen Programmstandorte erhalten bleiben können. Für den Förderzeitraum von 2011 bis 2013 müssen mindestens 112 Mio. € aus ESF-Mitteln zur Verfügung stehen.

Den Antrag der SPD-Bundestagsfraktion finden Sie unter:

<http://dip.bundestag.de/btd/17/061/1706103.pdf>

6. Werkstattgespräch zu Alphabetisierung und Grundbildung in Deutschland

7,5 Millionen Menschen in Deutschland fällt es schwer, zusammenhängende Texte zu lesen oder zu schreiben. Was Fachleute abstrakt „funktionalen Analphabetismus“ nennen, stellt die Betroffenen im Alltag vor enorme Schwierigkeiten. Deshalb gehören die Grundbildung und Alphabetisierung auf die bildungspolitische Agenda. Eine aktuelle Studie hat ergeben, dass der „funktionale Analphabetismus“ in Deutschland 14,5 Prozent der Bevölkerung betrifft – das ist doppelt so viel wie bislang angenommen.

In einem Antrag fordert die SPD-Bundestagsfraktion deshalb einen „Grundbildungspakt“ (Alpha-Pakt) von Bund, Ländern und Kommunen, um die Zahl der Betroffenen zu halbieren. In dieser Woche hat die Arbeitsgruppe Bildung und Forschung der SPD-Bundestagsfraktion ein Fachgespräch an dem Expertinnen und Experten aus der Wissenschaft, der praktischen Alphabetisierungsarbeit, der Wirtschaft, der Gewerkschaften sowie die politischen Akteure teilgenommen haben, organisiert. Den SPD-Abgeordneten ist es wichtig die unterschiedlichen Ausprägungen des Analphabetismus und seine gesellschaftlichen Zusammenhänge zu beleuchten und Menschen zu Wort kommen zu lassen, die einen Einblick in die Praxis geben können.

Zentrales Ergebnis ist, dass die SPD-Fraktion mit ihrem Antrag eine wichtige und richtige Initiative gesetzt hat.

Angesichts der hohen Zahl von funktionalen Analphabeten in Deutschland ist dringender Handlungsbedarf geboten. Doch den großen Ankündigungen der Bundesbildungsministerin, Anette Schavan, für einen Grundbildungspakt sind bisher noch keine konkreten Handlungen gefolgt. Alles bleibt nebulös und offensichtlich wurden auch keine Gespräche mit den handelnden Akteuren geführt. Die bisherigen Bemühungen reichen absolut nicht aus, um die betroffenen Menschen aus dem sozialen und ökonomischen Abseits zu holen und ihre gesellschaftliche Teilhabe zu sichern.

Den Antrag der SPD-Bundestagfraktion finden Sie unter:
<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/059/1705914.pdf>

7. Veranstaltungshinweis



Roter Rucksack Wanderungen 2011

Begleiten Sie mich bei Wanderausflügen im Wahlkreis!

Termine 2011
09.07.11 - Bönen
16.07.11 - Fröndenberg
10.09.11 - Unna
07.10.11 - Bergkamen
Klicken Sie hier

Samstag, 09.07.2011, Roter Rucksack Wanderung in Bönen

„Kultur und Heimatgeschichtliches von Lenningsen bis zum Golddorf Flierich.“

Bereits im dritten Jahr mache ich mich mit meinem Roten Rucksack auf Tour durch meinen Wahlkreis. Der Rote Rucksack steht für mein Anliegen, gemeinsam mit den Menschen zu Hause die Themen und Meinungen für die Politik im Bundestag zu sammeln und in Berlin zu vertreten. Mit dieser Idee bin ich in diesem Jahr in vier Städten meines Wahlkreises unterwegs und suche wiederum Orte auf, an denen Besonderes geleistet wird und lerne Menschen kennen, die Besonderes leisten. Gleichzeitig haben wir die Möglichkeit, in ungezwungener Atmosphäre über Ihr Anliegen für meine Arbeit zu sprechen. Ich lade Sie ein, mich auf meiner Wanderung am Samstag, 09. Juli in Bönen zu begleiten, mir Ihre Ideen, Kritik und Vorschläge mit auf den Weg nach Berlin zu geben.

**Samstag, 09.07.2011, 14:00 Uhr,
Treffpunkt: Alter Bahnhof Lenningsen, Birkenweg 16, 59199 Bönen.**

Ich würde mich sehr freuen, bei meiner Wanderung in Bönen mit Ihnen, Ihrer Familie und allen interessierten Freunden und Bekannten ins Gespräch zu kommen.

Anmeldungen bitte an: oliver.kaczmarek@wk.bundestag.de

Hinweis:

Um die Zustellung zu beenden, zu ändern oder zu ergänzen genügt eine Mail an die Absenderadresse.